



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTT GART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

72074 TÜBINGEN  
Stäudach 92  
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Stuttgart, den 3. März 2006

## **SPD-Spitze bereitet Ausstieg aus dem Ausstieg vor**

### **Palmer: Plakate gegen AKW Mittelstadt Teil eines Wahlbetrugs**

Der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer hat die SPD ermahnt, den Verdacht eines groß angelegten Wahlbetrugs auszuräumen: „Über das Plakat der SPD, dass der CDU unterschiebt, sie wollte ein Atomkraftwerk in Mittelstadt bauen, konnte ich noch herzlich lachen. Leider sieht es aber so aus, als würde die SPD-Basis von ihrer Parteispitze hinters Licht geführt und damit für einen dreisten Wahlbetrug missbraucht.“

Palmer bezieht sich auf einen Bericht der Financial Times. Die Zeitung zitiert ein internes Protokoll von Gesprächen zwischen hochrangigen Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums. Die Zeitung berichtet, es habe eine Nebenabsprache zum Koalitionsvertrag gegeben, wonach Bundesumweltminister Gabriel der Übertragung von Strommengen auf das Atomkraftwerk Neckarwestheim I zustimmen wird.

Palmer hält das Dementi aus dem Bundesumweltministerium für unglaubwürdig: „Die Form des Dementis und die mir vorliegenden Informationen zeigen deutlich, dass es dieses Gesprächsprotokoll gibt. Die Bundes-SPD ist demnach bereit, die Laufzeit des ältesten noch in Betrieb befindlichen Meilers in Baden-Württemberg zu verlängern, wenn der Wahltag erst vorbei ist.“

Für Palmer würde die SPD den Atomausstieg damit inhaltlich schwer ankratzen: „Die EnBW und die Union wollen die Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim, damit es nicht mehr in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden muss. So wollen sie sich über die Runden retten und nach einem eventuellen Wahlsieg 2009 den Atomausstieg insgesamt aufschnüren. Wenn die SPD dabei mitmacht, sind alle Unterschriftensammlungen und Anti-Atom-Plakate reiner Wahlbetrug.“

Palmer verlangt von der baden-württembergischen SPD und ihren hiesigen Abgeordneten eine Initiative zur Aufklärung der Absprachen zwischen Glos und Gabriel: „Wer Atomausstieg auf die Wahlplakate schreibt, muss auch sicher stellen, dass Atomausstieg in der Politik der Bundesregierung drin steckt. Wir erinnern uns noch an die Plakate, mit denen die SPD vor einem halben Jahr gegen 2% Merkel-Steuer zu Felde gezogen ist.“